

# PRESSEMITTEILUNG

05. Februar 2025

## Frankreich: Wie wahlaktische Überlegungen die Finanzierung zivilgesellschaftlicher Organisationen beeinflussen

- EPoS Economic Research Center veröffentlicht neue Forschungsergebnisse

Bonn, Mannheim, 05.02.2025 - In Frankreich werden zivilgesellschaftliche Organisationen überwiegend von Regierungspolitikern finanziert. Aktuelle Forschungsergebnisse belegen allerdings, dass wahlaktische Überlegungen die Förderentscheidungen beeinflussen: Organisationen erhalten höhere Summen aus Paris, wenn ihre Mitglieder einen lokalen Parteikollegen unterstützen könnten, dessen Mehrheit bei der anstehenden Kommunalwahl gefährdet ist. Diese zivilgesellschaftlichen Organisationen bekommen bis zu 40 Prozent mehr Unterstützung im Vergleich zu Organisationen in Gemeinden, die von der Opposition regiert werden. Diese Ergebnisse veröffentlicht das EPoS Economic Research Center der Universitäten Bonn und Mannheim in dem Diskussionspapier „Organized voters: Elections and public funding of nonprofits“.

„Bei der Entscheidung über öffentliche Mittel für zivilgesellschaftliche Organisationen haben französische Regierungspolitiker einen Ermessensspielraum“, sagt Camille Urvoy vom EPoS Economic Research Center. „Dieser Spielraum ist problematisch, denn die öffentliche Finanzierung kann davon abhängig gemacht werden, ob Organisationsmitglieder die amtierenden Politiker unterstützen. Ich sehe hier eine echte Gefahr für die Unabhängigkeit zivilgesellschaftlicher Organisationen und die ausgewogene Vertretung unterschiedlicher Interessen in öffentlichen Diskussionen in Frankreich.“

Denn es gehöre zu den Aufgaben zivilgesellschaftlicher Organisationen, öffentliche Debatten zu fördern und Politiker zur Rechenschaft zu ziehen, so Urvoy. Allerdings könnten sich Organisationen nach den derzeit geltenden Regeln selbst zensieren oder Kritik an Politikern zurückhalten, um weiter finanziell gefördert zu werden.

### Große Unterschiede bei den Fördersummen

Urvoy untersucht einen umfangreichen Datensatz, der Finanzierungsdaten über einen Zeitraum von 10 Jahren umfasst. Ergebnis: Regierungspolitiker stellen zivilgesellschaftlichen Organisationen in ihrem eigenen politischen Lager deutlich mehr Geld zur Verfügung. Wenn die Mehrheit in einer Kommune wackelt und Neuwahlen kurz bevorstehen, sind die Unterschiede bei den Fördersummen sogar noch größer: Manche Organisationen erhalten 40 Prozent mehr finanzielle Unterstützung als solche in oppositionsgeführten Kommunen.

Die Forscherin kommt zu dem Schluss, dass Politiker mit ihren Finanzierungsentscheidungen bestimmten Organisationen und ihren Mitgliedern signalisieren, dass ihre Belange Vorrang haben. Das trifft besonders dann zu, wenn die Wahlbezirke hart umkämpft sind und die Mitglieder zivilgesellschaftlicher Organisationen andere Kandidaten unterstützen könnten. „Diese Strategie zielt offenbar darauf ab, die Unterstützung von Organisationsmitgliedern zu gewinnen – diese sind zugleich besonders aktive Wähler“, sagt Urvoy. „Die Organisationen scheinen jedoch nur dann von zusätzlichen Mitteln zu profitieren, wenn der von ihnen

# PRESSEMITTEILUNG

unterstützte Kandidat tatsächlich gewählt wird. Das bedeutet, dass Organisationen sich womöglich mit Kritik an Politikern zurückhalten, die ihnen Fördergelder zur Verfügung stellen, was ihre demokratische Rolle untergraben würde.“

## Öffentliche Finanzierung in anderen Ländern

Der Blick auf andere Länder zeigt, dass es keine einheitlichen, allgemein anerkannten Kriterien für die Vergabe öffentlicher Mittel an zivilgesellschaftliche Organisationen gibt. Ein gewisser Ermessensspielraum scheint unvermeidlich, da ein objektiver Maßstab für den Wert einer Organisation fehlt. „Andere Finanzierungsmethoden wie steuerliche Anreize für Spenden von Privatpersonen oder Unternehmen haben ebenfalls Nachteile“, sagt Urvoy. „Ein gutes Finanzierungssystem sollte auf jeden Fall gewährleisten, dass zivilgesellschaftliche Organisationen zu einer pluralistischen, demokratischen Debatte beitragen können - ohne dabei an Bedingungen geknüpft zu sein. In Frankreich wäre ein erster Schritt in diese Richtung, dass die Organisationen Transparenz schaffen und die Fördersummen leicht zugänglich für die Öffentlichkeit offenlegen.“

---

Das vorgestellte Diskussionspapier wurde in der American Economic Review veröffentlicht. Das vollständige Diskussionspapier finden Sie hier: <https://www.aeaweb.org/articles?id=10.1257/aer.20230056>

Es handelt sich um eine Veröffentlichung ohne Peer Review des Sonderforschungsbereichs Transregio 224 EPoS.

Das vollständige Diskussionspapier finden Sie hier: <https://www.crctr224.de/research/discussion-papers/archive/dp601>

Eine Liste aller Diskussionspapiere des SFB finden Sie hier: <https://www.crctr224.de/research/discussion-papers>.

## Die Autorin

**Camille Urvoy**, Juniorprofessorin für Volkswirtschaftslehre, Universität Mannheim und Mitglied des EPoS Economic Research Center

## Der Sonderforschungsbereich Transregio 224 EPoS

Der 2018 eingerichtete **Sonderforschungsbereich Transregio 224 EPoS**, eine Kooperation der Universität Bonn und der Universität Mannheim, ist eine langfristig angelegte Forschungseinrichtung, die von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) gefördert wird. EPoS befasst sich mit drei zentralen gesellschaftlichen Herausforderungen: Wie kann Chancengleichheit gefördert werden? Wie können Märkte angesichts der Internationalisierung und Digitalisierung der Wirtschaftstätigkeit reguliert werden? Und wie kann die Stabilität des Finanzsystems gesichert werden?

## Pressekontakt

econNEWSnetwork

Sonja Heer

Telefon + 49 (0) 40 82244284

[Sonja.Heer@econ-news.de](mailto:Sonja.Heer@econ-news.de)

## Kontakt

Prof. Camille Urvoy

Abteilung Volkswirtschaftslehre

Universität Mannheim

[camille.urvoy@uni-mannheim.de](mailto:camille.urvoy@uni-mannheim.de)

**CRC TR 224 Büro, Marja Eisheuer**

Telefon | +49 228 737926

Email | [crctr224@uni-bonn.de](mailto:crctr224@uni-bonn.de)

**www.crctr224.de**